

Forschungsprojekt zum Gesundheitswesen der alternden Gesellschaft präsentiert erste Ergebnisse

Pflegegeld für Angehörige findet in Befragung große Zustimmung

Köln (19. Juni 2019) -- Ein „Pflegegeld“ als Lohnersatz für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, findet große Zustimmung in der Bevölkerung. Ähnlich wie Eltern beim Elterngeld würden berufstätige pflegende Angehörige einen Anspruch auf ein Pflegegeld erhalten. 89 Prozent von etwa 1700 gesellschaftlichen Stakeholdern in verschiedenen Bereichen mit Bezug zum Gesundheitswesen befürworteten eine solche Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige. Dies geht aus einer Online-Befragung des Forschungsverbundes „Normen im demographischen Wandel“ hervor, der von der Kölner Ethikerin Professorin Dr. Christiane Woopen geleitet wird.

„Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige können gesellschaftliche Wertschätzung ausdrücken und zusammen mit professioneller Unterstützung eine breitere Pflegebereitschaft fördern. Besonders Frauen würden davon profitieren, da sie noch immer den Großteil der Pflege leisten und dadurch in Einkommen und Rente benachteiligt werden“, sagt Professorin Woopen.

Neben einem „Pflegegeld“ unterstützt eine große Mehrheit der Befragten die Forderung nach frühzeitiger professioneller Unterstützung von pflegenden Angehörigen in häuslichen Pflegearrangements. Auch der kommunalen Beratung und Unterstützung bei Lebensübergängen sowie bei beginnender Pflegebedürftigkeit finden die Befragten wichtig. Ein Umdenken sei zudem in der gesundheitlichen Prävention notwendig: Diese müsse künftig auch hochaltrige sowie mehrfach und chronisch erkrankte Menschen einbeziehen. Ziel von Prävention ist dann nicht mehr Krankheitsvermeidung, sondern der möglichst lange Erhalt der Selbstständigkeit.

Das Projekt „Normen im demographischen Wandel – Gesundheit und Krankheit, Solidarität und Gerechtigkeit (NoWa)“ erforscht den Normenwandel im Gesundheitswesen der alternden Gesellschaft unter Berücksichtigung kultureller und religiöser Vielfalt. Aus den empirischen Ergebnissen werden konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet, wie das Gesundheitssystem und die Organisation von Pflege für die Zukunft gestärkt werden können.

Das Bundesministerium für Gesundheit fördert NoWa mit ca. 400.000 Euro über einen Zeitraum von 2,5 Jahren. Neben dem Cologne Center for

Ethics, Rights, Economics, and Social Sciences of Health (ceres) der Universität zu Köln sind das IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin und das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) in Karlsruhe beteiligt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO) ist beratender Praxispartner, ebenso die Diakonie Deutschland und der Deutsche Caritasverband e. V. Bei der Befragung handelt es sich um einen Zwischenschritt in einem mehrstufigen Forschungs- und Kollaborationsprozess. Die finalen Projektergebnisse werden voraussichtlich im Januar 2020 präsentiert.

Weitere Informationen

Eine detailliertere Darstellung der Ergebnisse befindet sich auf der Homepage des ceres unter

- https://ceres.uni-koeln.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Dokumente/NoWa-Zwischenergebnisse.pdf

Quelle: [Universität zu Köln](#), 19.06.2019 (tB).